

Strukturen nonformaler politischer Bildung

Ein Überblick

**Vielfalt
gestalten**

Fachforen Politische Bildung
und Demokratieförderung

Transferstelle
politische
Bildung



Einleitung

Transfer für Bildung e.V. hat 2020 mit der *Topografie der Praxis politischer Bildung* einen Vorschlag vorgelegt, die Landschaft politischer Bildungspraxis darzustellen (Transfer für Bildung e.V. 2023). Darin werden die Praxisfelder dargestellt, in denen formale und nonformale politische Bildungspraxis verortet ist. Die Felder wurden nach zugrundeliegenden Rechts- und Politikbereichen sowie Wissenschaftsbezügen eingeteilt. Dieser Vorschlag zur Systematisierung hat inzwischen große Verbreitung in Wissenschaft, Aus- und Fortbildung und Praxis gefunden. Er dient dazu, Strukturen politischer Bildung zu erfassen und zu analysieren. Er wird immer wieder aktualisiert.

Die *Topografie der Praxis* war und ist auch immer wieder Ausgangspunkt für ein Nachdenken über Erweiterungen. So gibt es inzwischen eine Offline-Version, die Felder aufsuchender politischer Bildung benennt. Auch wird immer wieder bedauert, dass mit den Feldern keine Trägerbereiche und keine Trägerstrukturen ausgewiesen werden. Die Frage, ob und wie eine *Träger-Landschaft* abgebildet werden könnte, war von Beginn an virulent. Versuche, Träger zu identifizieren und zu strukturieren, die in der Entwicklungsphase der *Topografie* unternommen wurden, wurden allerdings wieder verworfen, weil sich keine trennscharfen Kategorien finden ließen. Erörtert wurden in dem Zusammenhang Kategorien und Ordnungskriterien wie Organisationsform (z.B. Träger mit und ohne eine Einrichtung/Haus), Wertegebundenheit (z.B. politische Stiftungen oder Konfessionsgebundenheit), in freier oder öffentlicher Trägerschaft, mit oder ohne Anerkennung durch Gesetze oder Verwaltungsrichtlinien (freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe, anerkannte Träger der Weiterbildung) (vgl. Transfer für Bildung 2022). Besonders strittig aber war und ist die Zuordnung nach dem Grad oder Anteil politischer Bildung am Organisationshandeln. So können Organisationen und Einrichtungen unterschieden werden, die politische Bildung als Schwerpunkt haben, und solche, bei denen dieser Bereich einer unter anderen ist. Diese Frage stellt sich auch bei vielen klassischen Trägern politischer Bildung, wie Akademien oder Volkshochschulen.

Diese Situation hat sich durch die strukturellen Entwicklungen der letzten Jahre verkompliziert. So organisierten sich parallel zu anerkannten, sogenannten klassischen Bildungsträgern auch Träger in angrenzenden, teils spezialisierten Fachbereichen, die sich teilweise ebenso zur politischen Bildung zählen. Damit entwickelten sich auch unterschiedliche (Bildungs-)Praxen und fachliche Diskurse. Vor allem das Förderprogramm „Demokratie leben!“ hat, u.a. mit der Einführung einer speziellen Terminologie (v.a. „Demokratieförderung“) dazu beigetragen, dass die bis dahin scheinbar konturierten Trägerbereiche politischer Bildung diffus wurden und deren Einheitlichkeit infrage gestellt wurde. Unterschiede und Abgrenzungen differenzierten sich weiter aus. Gleichzeitig wurden die unterschiedlichen Akteur*innen bekannter und begegneten sich. Auf diese Weise haben sich neue Vernetzungen und Allianzen ergeben, aber auch Parallelstrukturen und Konkurrenzen um Diskursheute und Ressourcen. In der Folge gab und gibt es Auseinandersetzungen um strategische Interessen und fachliche Abgrenzungen, wechselseitige Zuschreibungen in Bezug auf professionelle Schwerpunkte und Fragen der Repräsentanz von Fachgebieten oder Bevölkerungsgruppen (vgl. Becker 2022b).

Es ist von daher wenig verwunderlich, dass strukturelle und politisch-strategische Fragen in den Debatten kaum von fachlichen Fragen zu trennen sind. Das Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“ der *Transferstelle politische Bildung* versuchte, für eine bessere Analyse beide Aspekte zu trennen. Dafür wurden im Mai, September und Oktober 2024 drei Fachforen zu den Themen „Strukturen“ und „Zugehörigkeiten“ veranstaltet, in denen Expert*innen aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis miteinander strukturelle Fragen analysierten und diskutierten.

Neben einer systematischen Analyse einschlägiger Literatur wurden diese Gespräche für das vorliegende Papier genutzt, um zentrale Aspekte der Debatte zu identifizieren und einzuordnen sowie ggf. zusätz-

liche, wissenschaftlich gestützte oder erfahrungsgebundene Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Das Papier verfolgt das Ziel, einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand zu geben. Es soll dazu beitragen, Interessierte an das Thema heranzuführen und ggf. Impulse für Praxis, Forschung und Theorie zu geben. Es erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, möchte aber Anregungen bieten, um sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen.

Am Ende des Textes findet sich die zitierte Literatur. Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Das Papier behandelt folgende Themen:

- Strukturen nonformaler politischer Bildung
- Politische Bildung versus Demokratieförderung
- Lobbyarbeit für politische Bildung
- Ausblick

Strukturen nonformaler politischer Bildung

Nonformale politische Bildung in Deutschland ist vielfältig. Dies ist so gewollt:

„Die Stärke nonformaler politischer Bildung liegt in der Vielfalt der Träger, die mit ihren verschiedenen konfessionell/religiösen, politischen und humanistisch-weltanschaulichen Werte- und Interessensorientierungen das plurale Grundverständnis unserer Demokratie repräsentieren. Die Vielfalt spiegelt sich auch in Einrichtungs- und Organisationsformen sowie themen- und handlungsbereichsspezifischen Schwerpunkten wider: Neben Bildungsstätten, Akademien, Instituten und Bildungswerken oder Volkshochschulen gibt es unzählige einzelne Organisationen mit verschiedenen thematischen oder methodischen Ausrichtungen. Aus Wertorientierungen und Organisationsformen werden programmatische Schwerpunkte, pädagogische Intentionen, bildungstheoretische Vorannahmen und spezifische Themen für politische Bildungsangebote oder -Gelegenheiten abgeleitet. Damit wird eine Vielzahl unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen angesprochen.“ (Becker 2022b: 17 f.)

Die Vielfalt der nonformalen politischen Bildungslandschaft ist als plurale Förder-, Träger- und Vertretungsstruktur institutionalisiert. Auch wenn die Existenz der staatlichen Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung von ihrem Namen her etwas anderes nahelegen, gibt es keine Zentralzuständigkeit für politische Bildung. Staatliche Akteure und Förderprogramme sowie öffentliche und zivilgesellschaftliche, kirchliche, parteinahe, gewerkschaftliche und private Akteure auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene wirken zusammen.

Die Herausforderung liegt darin, in all der Vielfältigkeit eine fachliche und strukturelle Erkennbarkeit und Vertretung der politischen Bildung herzustellen. Dies wurde in den Folgejahren der Gründung der Bundesrepublik durch Zusammenschlüsse von Organisationen und Einrichtungen versucht, die im Bereich politischer Bildung arbeiteten (vgl. Becker 2013 und 2022b), u.a. 1966 mit der Gründung des „Arbeitsausschuss politische Bildung (AApB)“.

Dennoch erreichte die Trägerlandschaft politischer Bildung nie den Organisationsgrad anderer nonformaler Bildungsbereiche, z.B. der nicht minder vielfältig aufgestellten kulturellen Bildung. Diese ist, seit der Gründung der Bundesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (BKJ) 1963, mittlerweile durch Bundesverbände und Bundesvereinigungen, Landesverbände und Landesvereinigungen sowie Zusammenschlüsse auf regionaler und kommunaler Ebene streng durchstrukturiert. Kulturelle Bildung ist auf diese Weise in Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung umfassend repräsentiert.

Über die Gründe der vergleichsweisen Unterstrukturiertheit nonformaler politischer Bildung kann nur spekuliert werden. Anteil daran haben wahrscheinlich die Einrichtung staatlicher Stellen für politische Bildung – die Landeszentralen und die Bundeszentrale –, die politische Bildung prominent repräsentieren, sowie die Einbindung von Trägern in umfassendere Traditionslinien und Organisationsstrukturen (z.B. der Kirchen) und nicht zuletzt Förderprogramme, die strukturbildend wirkten (vgl. Becker 2013 und 2022a).

Die Frage, wer wie (nonformale) politische Bildung repräsentiert, wurde und wird daher immer wieder kritisch geprüft – zuletzt im Zuge der durch aktuelle Debatten und Förderprogramme angestoßenen Entwicklungen. Auch ohne diese ist es notwendig, die bestehenden Repräsentationsstrukturen immer wieder zu befragen, um die Verfasstheit politischer Bildung kontinuierlich an gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen, und, etwa im Kontext der Postmigrationsgesellschaft (siehe Papier „Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft“ <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>) Ein- und Ausschlüsse von Bevölkerungsgruppen kritisch zu thematisieren.

In den Fachforen wurde als ein erster Schritt versucht, einen Überblick über die Repräsentationsstrukturen politischer Bildung zu erarbeiten, um eine gemeinsame Diskussionsebene zu finden. Mit Repräsentationsstrukturen sind die Organisation des fachlichen Austauschs und der (politischen und öffentlichen) Repräsentation durch Organisationen (Verbände, Vereinigungen, Arbeitskreise etc.) und trägerübergreifende Gremien gemeint. Schnell wurde in der Arbeit deutlich, dass auch rechtliche Zuordnungen und daraus folgende Verwaltungsstrukturen sowie Förderprogramme für die Repräsentation (im Sinne von Vertretung, aber auch Wahrnehmbarkeit sowie öffentliche und politische Aufmerksamkeit) relevant sind.

Daraus ist ein detailliertes Diagramm entstanden, das in mehreren Schritten überarbeitet wurde, nicht als abgeschlossen gelten kann und weiterentwickelt werden soll. Es gibt eine strukturelle Übersicht anhand der Kategorien Träger, Verbände/Repräsentanz, Gremien, Förderprogramme sowie einer Unterscheidung von EU, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Strukturen nonformaler politischer Bildung

Übersichtsdiagramm

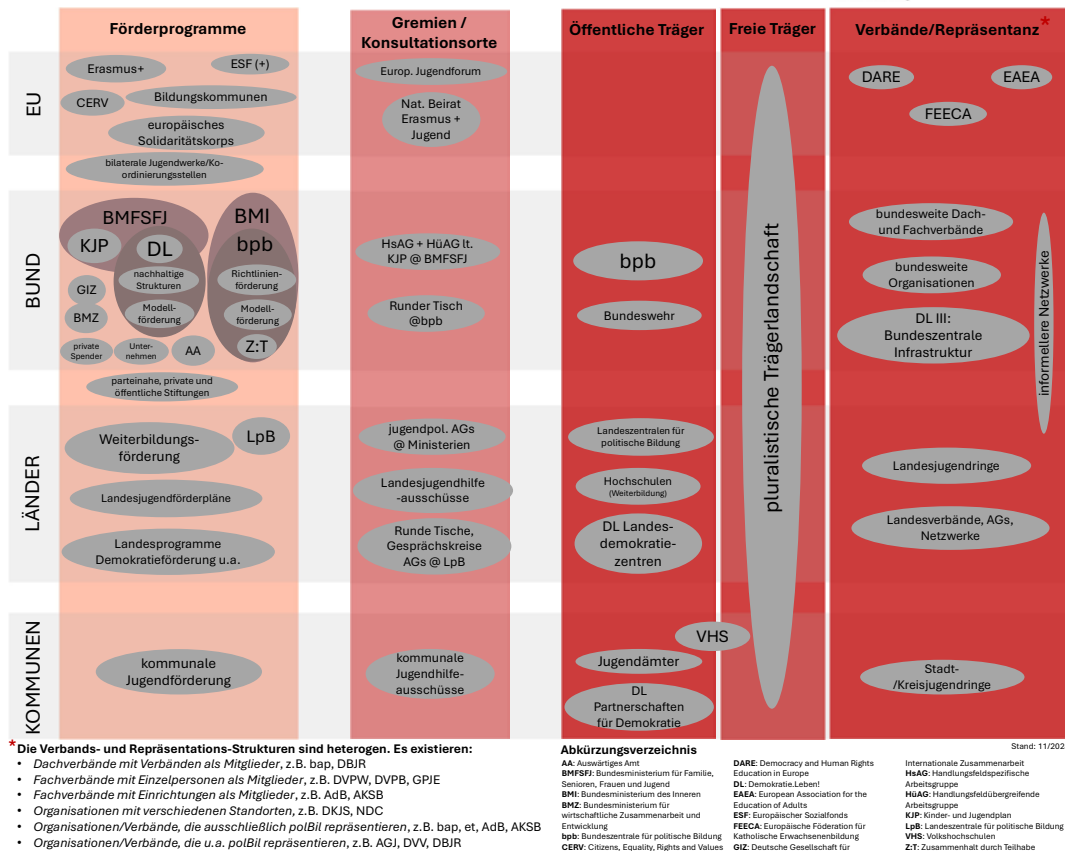


Abbildung 1: Übersichtsdiagramm der Strukturen der nonformalen politischen Bildung nach Förderprogrammen, Gremien, Trägern und Repräsentationsstrukturen; eigene Darstellung, Juli 2025

Förderprogramme

Analog zu den in der *Topografie der Praxis politischer Bildung* identifizierten Praxisfeldern gibt es eine Vielzahl öffentlicher (und privater) Förderprogramme, die Aktivitäten politischer Bildung fördern. Diese Förderprogramme beruhen auf unterschiedlichen Gesetzes- und Verwaltungsgrundlagen, etwa dem SGB VIII und daraus abgeleiteten Förderprogrammen (Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) und Landesjugendförderpläne), den Weiterbildungsgesetzen der Länder oder einzelnen, von Ministerien erlassenen Förderrichtlinien, wie für „Demokratie leben!“ oder Sonderprogramme auf Landesebene. Dabei handelt es sich sowohl um Förderprogramme, die explizit die Förderung politischer Bildung vorsehen, als auch um solche, in denen politische Bildung einen expliziten Teil ausmacht oder sie implizit einschließt. Viele Programme fördern nur spezielle Aspekte (Themen, Zielgruppen, Formate) politischer Bildung. Neben diese öffentlichen Förderprogramme treten als potenzielle Finanzierungsquellen parteinahe und private Stiftungen sowie Unternehmen und private Spender (zur Kritik privater Finanzierung vgl. Hirsch 2019). Die Aktivitäten werden auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene gefördert.

Ein zweites Diagramm vermerkt mit den Förderwegen deren Reichweite für die Arbeit auf Landes- und Kommunalebene. Die Pfeile zeigen an, dass Förderprogramme auf einer über-

geordneten Ebene angesiedelt sein können, von der aus die entsprechenden Mittel an eine nachgeordnete Stelle weitergeleitet werden.

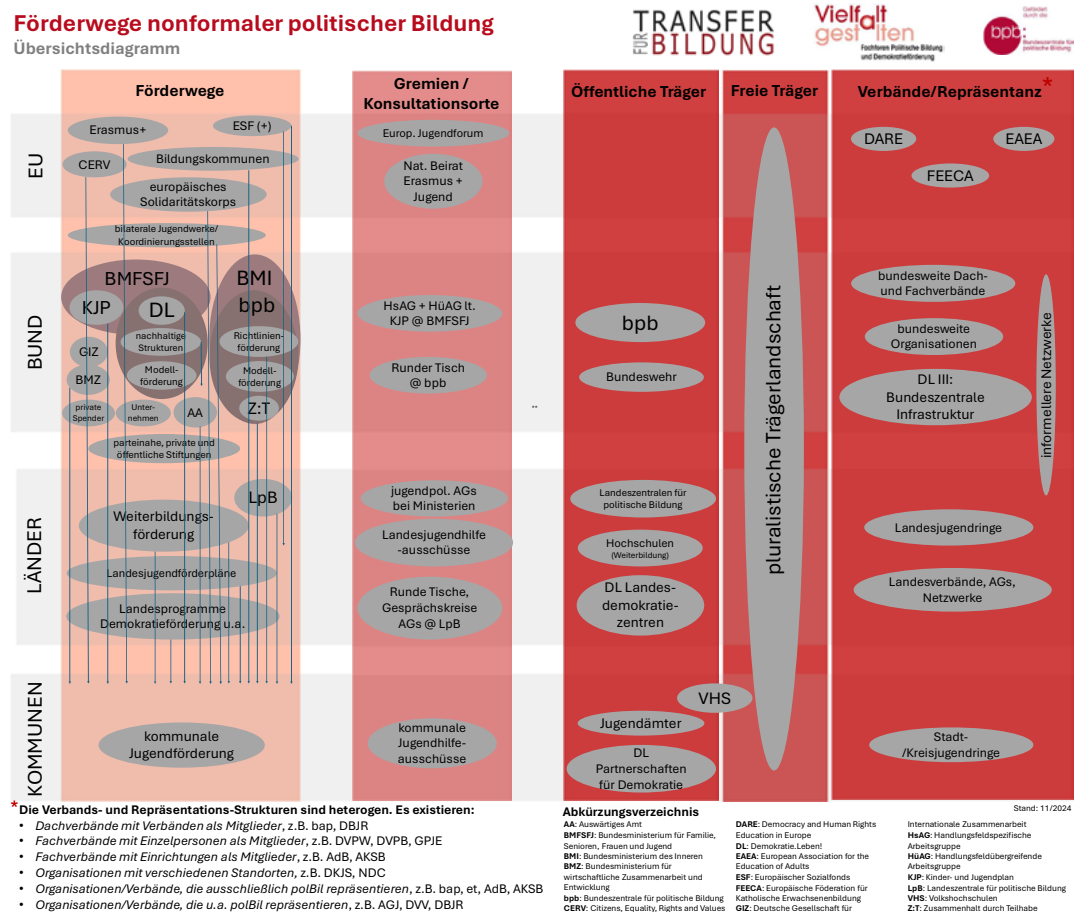


Abbildung 2: Übersichtsdiagramm der Strukturen der nonformalen politischen Bildung nach Förderwegen, Gremien, Trägern und Repräsentationsstrukturen; eigene Darstellung, Juli 2025

Insgesamt wird ein großer Anteil der öffentlichen Fördermittel für politische Bildung befristet vergeben, oft sind Mittel an befristete Modellprojekte gebunden. Der Erwartung, dass damit innovative Ansätze politischer Bildung für neu auftretende gesellschaftliche Herausforderungen entwickelt werden, stehen die begrenzten Möglichkeiten gegenüber, diese dann in die sogenannte Regulararbeit zu übertragen. Für Letztere fehlen Mittel und Möglichkeiten (z.B. auch Förderrichtlinien), die es erlaubten, innovative Formen politischer Bildung dauerhaft umzusetzen. Mangels weiterer Finanzressourcen wird daher die Modellförderung von Trägern nicht selten als eine Art Regelstruktur-Ersatz eingesetzt.

Eine nicht intendierte Nebenfolge dieser vergabe- und haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen ist, dass angesichts der Befristung von Personalstellen und der Notwendigkeit, fortwährend neue Mittel zu beantragen, viele Organisationen von Überlebensfragen geprägt sind. Auch die Arbeitsbedingungen von Mitarbeitenden sind häufig prekär. Hier unterscheidet sich die Situation vieler sogenannter etablierter Träger politischer Bildung wenig von den Trägern, die in die Bun-

desförderung in den Bereichen politische Bildung, Demokratieförderung oder Prävention erst neu aufgenommen wurden.

Auswirkungen der Förderpolitik

Die bestehenden Förderstrukturen bestimmen Qualitäten, Ziele, Konzepte, Formen, Inhalte und Bedingungen politischer Bildung. Sie haben dementsprechend deutliche Auswirkungen auf ihre fachliche Qualität, wie in den Fachforen mehrfach betont wurde.

- Wenn Förderprogramme der Konjunktur von Themen unterliegen, besteht für Träger politischer Bildung der starke Anreiz – bis hin zur wirtschaftlichen Notwendigkeit –, Angebote zu entwickeln und durchzuführen, die sich in Zielen und Themensetzung inhaltlich und konzeptionell einfügen. Dies beschränkt die Möglichkeit, aktuelle Themen oder die Interessen von Teilnehmenden zu bearbeiten.
- Wenn die Richtlinien eines Förderprogramms bestimmte Vorgaben für die Bedingungen der Bildungsarbeit machen (Zielgruppen, Formate, Orte, Teilnehmendenzahlen oder Durchführungsstunden etc.), fordert muss die Praxis sich danach ausrichten. Solche organisatorischen und thematischen Vorgaben, und vor allem eine obligatorische genaue Vorplanung, verhindern vielfach die flexible und situative Anpassung an Interessen, Themen und Bedarfen von Adressat*innen. Auch andere Formen politischer Bildung finden kaum dauerhafte Finanzierung. Das betrifft aufsuchende Ansätze, die situativ politische Bildungsgelegenheiten bieten, hybride Bildungssettings, die fließende Übergänge zu anderen Feldern aufweisen, oder Kooperationsprojekte. Während viele bildungstheoretische Argumente für den besonderen Wert der letztgenannten Formen politischer Bildung sprechen, stehen ihnen Fördervorgaben bisher überwiegend entgegen. Die Expert*innen im Fachforum forderten daher ein geändertes Verhältnis: Die Förderstrukturen und -voraussetzungen sollten sich nach den Bedarfen der Teilnehmenden politischer Bildungsangebote bzw. nach den Bedarfen von Menschen richten, die potenziell (erst) zu Teilnehmenden einer solchen neuen politischen Bildung werden könnten – nicht umgekehrt. Dies würde auch Reaktionen auf die Beobachtung umfassen, dass der Begriff politische Bildung eine diskursive Hochschwelligkeit beinhaltet.

Träger nonformaler politischer Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb sowie die Landeszentralen und die Bundeswehr sowie die Bildungszentren des Bundes für den Bundesfreiwilligendienst sind die einzigen öffentlichen Träger politischer Bildung auf Landes- und Bundesebene. Die Jugendämter sowie die meisten Volkshochschulen sind öffentliche Träger auf kommunaler Ebene. Die meisten öffentlichen Träger treten zugleich als Fördergeber in Erscheinung.

Die sogenannten freien Träger sind eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen, kirchlichen und gewerkschaftsnahen Akteuren, die sich über unterschiedliche Einnahmequellen finanzieren. Dabei sind einige vollständig auf projektgebundene und befristete Fördermittel angewiesen; anderen haben, aufgrund einer Regelförderung oder einer Infrastrukturförderung, höhere Planungssicherheit. Eine dritte Gruppe ist vollständig oder überwiegend unabhängig von öffentlichen Fördermitteln, z.B. private operative Stiftungen. Förderquellen und Förderwege haben einen erheblichen Einfluss auf die Pluralität der Trägerlandschaft. Neben der inhaltlichen Ebene, was etwa

Konzepte, Methoden, Themen und Formate angeht (vgl. Transfer für Bildung e.V. 2022), betrifft dieser Einfluss die Infrastruktur und bestimmte Strukturprinzipien (Ausstattung mit Personal, Räumlichkeiten, wirtschaftliche Auflagen, Gemeinnützigkeit) sowie sich daraus ergebende Konsequenzen für die Arbeitsbedingungen, Spielräume für Innovationen. Dies gilt auch für die Zusammenschlüsse, die Träger eingehen –, und damit für die politische und gesellschaftliche Sichtbarkeit sowie die Repräsentanz in Gremien.

Praxisfelder politischer Bildung

Streng genommen ist die Rede von den Trägern politischer Bildung ein Konstrukt, dem in vielerlei Hinsicht widersprochen werden könnte. Wie schon im Zusammenhang mit Überlegungen zur *Topografie der Praxis politischer Bildung* erwähnt, gibt es keine unbestrittenen Kriterien für eine Einteilung, wer als Träger politischer Bildung gelten soll und wer nicht – eine Schwierigkeit für alle wissenschaftlichen Felduntersuchungen (vgl. Abs et al. 2025). In fachlich-inhaltlicher wie struktureller Hinsicht besteht das Feld der politischen Bildung aus zahlreichen heterogenen Unterfeldern, die zudem häufig Schnittflächen zu anderen Feldern aufweisen. In Verbänden und Repräsentationsstrukturen zeigt sich dieses Problem ganz praktisch, wenn es darum geht, zu entscheiden, ob eine bestimmte Einrichtung Mitglied eines Verbandes werden kann. Mit solchen Entscheidungen füllen die Selbstvertretungsstrukturen den Begriff politische Bildung mit Inhalt und grenzen ihn von anderen Praxisfeldern und Repräsentationsstrukturen ab. Fachliche und strukturelle Aspekte bedingen sich dabei gegenseitig. Aufgrund der komplexen Strukturen ist es wiederum schwierig, ein gemeinsames fachliches Verständnis politischer Bildung zu schaffen.

Es sind jedoch nicht nur fachliche Aspekte, die die Debatte bestimmen. Wäre dies der Fall, müsste aus bildungstheoretisch fundierter Perspektive konsequenter danach gefragt werden, was eine Situation zu einer politischen Bildungsgelegenheit qualifiziert. Dann würden die vielen Schnittstellen und Überlappungen mit anderen Feldern deutlich: Politische Bildungsmöglichkeiten sind etwa in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, im Sport, in der Internationalen Jugendarbeit oder in der kulturellen Bildung präsent.

Entsprechend wird in der Fachdebatte die Sorge artikuliert, dass eine Betonung der fließenden Grenzen der politischen Bildung, genauso wie ihre Öffnung für neue Träger mit alternativen Konzepten, den fachlichen Kern politischer Bildung aufweichen könnte. Darum wird dafür plädiert, eine fachlich begründete und administrativ umgesetzte Grenze des Eigenbereichs politischer Bildung zu definieren, ohne neue bzw. bisher nicht gesehene Träger automatisch auszuschließen.

Die Frage nach fachlichen Definitionen politischer Bildung wurde in den Fachforen auch in Bezug auf das Verhältnis von formaler und nonformaler politischer Bildung gestellt. Im Fachforum plädierten manche Vertreter*innen der nonformalen politischen Bildung dafür, nonformale und formale politische Bildung aufgrund bildungstheoretischer und konzeptioneller sowie organisatorischer Unterschiede deutlich voneinander zu unterscheiden. Andere unterstrichen das Desiderat, die Verschränkung sowie die gemeinsamen fachlichen Grundlagen und Interessen beider Bereiche stärker herauszustellen. Wie bei allen Kooperationen unterschiedlicher Praxisfelder liegt darin ein Konfliktpotenzial, da unterschiedliche Verständnisse von nonformaler und formaler politischer Bildung aufeinandertreffen.

Perspektivisch lässt sich die Frage stellen, ob die strategisch-politischen und die fachlichen Aspekte der Identifikation eines Feldes politischer Bildung vereint werden. Strategisch wäre damit eine Stärkung im Sinne einer Verbreiterung des Feldes und eine Betonung einer (wünschenswerten) Vielfalt an politischen Bildungsgelegenheiten verbunden.

Repräsentationsstrukturen politischer Bildung

Die meisten Träger und Akteure politischer Bildung haben sich auf Bundes-, einige auch auf Länderebene zusammengeschlossen und sind auf diesen Ebenen Teil von Repräsentanzstrukturen. Als größter Dachverband (Zusammenschluss von Verbänden) für nonformale politische Bildung kann der Bundesausschuss politische Bildung (bap e.V.) gelten. Ehrenamtlich und projektfinanziert aufgestellt, kann er eine bundesweit koordinierte Fach- und Strukturentwicklung sowie eine klare Vertretung in politischen Entscheidungsprozessen jedoch nur eingeschränkt leisten. Dies gilt auch für diverse andere Dach- und Fachverbände, in denen Träger zusammengeschlossen sind (z.B. der Arbeitskreis deutsche Bildungsstätten e.V. (AdB) oder die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e.V. (AKSB)), sowie für Zusammenschlüsse von Personen (z.B. die Deutsche Vereinigung für politische Jugend- und Erwachsenenbildung e.V. (DVPB) oder die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) n.e.V.), die jeweils in spezifischen Feldern verortet sind und darum einen spezifischen Blick auf ihre jeweilige Sparte haben. Die Vertretung der politischen Bildung gegenüber der Politik ist damit von Pluralität und Vielfältigkeit, d.h. auch von Partikularinteressen, geprägt. Daneben stehen Verbände, die politische Bildung neben anderen fachlichen Schwerpunkten vertreten, z.B. der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV), der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) oder die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e.V. (AGJ).

Gremien und Konsultationsorte

Das Schaubild zeigt auch die unterschiedlichen Gremien und Konsultationsorte, in denen Träger, die politische Bildungsangebote machen, vertreten sind oder vertreten sein können. Während einige dieser Gremien über eine Entscheidungsmacht verfügen, etwa die kommunalen Jugendhilfeausschüsse, haben andere nur Austausch-, Koordinations- oder Beratungsfunktion, etwa die Arbeitsgruppen im Rahmen des Kinder- und Jugendplans. Auch die Verbindlichkeit, überhaupt Gremien oder Konsultationsrunden einzurichten, ist unterschiedlich. Während das Beratungsgremium „Runder Tisch“ bei der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb nicht verbindlich ist, ist die Einrichtung von handlungsfeldspezifischen und -übergreifenden Arbeitsgruppen in den Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes festgelegt.

Politische Jugendbildung ist vor allem überregional organisiert. „Bei Trägern, die auf politische Bildung spezialisiert sind, ist die für die Jugendarbeit typische kommunale An- und Einbindung häufig nicht gegeben, auch wenn sie meist Träger der freien Jugendhilfe sind. Sie werden in der Regel nicht über die kommunale Jugendförderung finanziert und sind als Folge wenig bis gar nicht auf kommunaler und landesweiter jugendpolitischer Ebene oder als organisiertes Praxisfeld präsent, z.B. in Jugendhilfeausschüssen, in Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII oder bei der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII“ (Transfer für Bildung 2022: 26). Im Fachforum war kein einziger Fall bekannt, bei dem ein Träger der politischen Jugendbildung Mitglied in einem Kinder- und Jugendhilfeausschuss ist. Dies gilt nicht für Jugendverbände oder Träger der allgemeinen Jugendarbeit. Auch Volkshochschulen sind vereinzelt vertreten. Diese Tatsache legt

nahe, dass eine Repräsentanz von der Förderung abhängt: Wer nicht kommunal gefördert wird, ist nicht präsent. Dies gilt vielfach auch für Gremien auf Landesebene. Ein Grund für diese mangelnde Repräsentanz kann demnach sein, dass seit 1950 Träger und Maßnahmen der politischen Bildung aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), Programm Politische Bildung (siehe BMFSFJ 2020: 334), sowie aus der sogenannten Richtlinienförderung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (<https://www.bpb.de/die-bpb/foerderung/foerdermoeglichkeiten/richtlinienfoerderung>), finanziert werden. Kommunale Jugendförderung(smittel) spielen keine oder eine geringe Rolle (siehe Transfer für Bildung e.V. 2022: 26 f.). Träger der politischen Jugendbildung sind damit weniger ins kommunale Gesamtgeschehen von Jugendarbeit und Jugendbildung einbezogen. Damit fehlen vor Ort Gremien und Anlässe, sich mit anderen Trägern, die ähnliche Bildungsanliegen oder andere Adressat*innenkreise einbringen, zu vernetzen, untereinander zu koordinieren und zu kooperieren.

Politische Bildung versus Demokratieförderung

Im Laufe der Erarbeitung des Übersichts-Diagramms (Abbildung 2) gab es in den Fachforen immer wieder Debatten über strukturelle, finanzielle und fachliche Entwicklungen, die in Zusammenhang mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie begleitenden Entwicklungen in den Bereichen Demokratieförderung und Prävention gebracht wurden. Einige wiederkehrende Punkte sollen hier kurz referiert werden, auch wenn sie nicht alle ausschließlich strukturelle Aspekte betreffen.

Unterscheidung von politischer Bildung und Demokratieförderung

Bezüglich der Ziele des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (vgl. BMFSFJ 2022) wurde darauf hingewiesen, dass es seit den 1990er-Jahren diverse Sonderprogramme auf Bundes- und Länderebene gab, die vor dem Hintergrund steigender Radikalisierung und Demokratiefeindlichkeit in der Bevölkerung Projektförderungen boten, und die man als Vorgängerprogramme heutiger Demokratieförderung werten kann (z.B. AgAG – „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“, das Bundesmodellprogramm „Entimon“ oder „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Toleranz und Demokratie“). Diese Sonderprogramme seien alle aufgrund von gesellschaftlichen Problemlagen entstanden und nicht auf eine verstetigte politische Bildungsarbeit ausgerichtet gewesen. Sie hätten aber schon damals wie auch jetzt politische Bildung unter politische Zielsetzungen und einen Erwartungsdruck gestellt, die diese nicht einlösen könne und wolle.

Finanzielle Verwerfungen

Als deutlicher Konfliktpunkt wurde außerdem hervorgehoben, dass das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ eine Verschiebung bzw. Vernachlässigung der Relevanz politischer Bildung bedeutet, da es sich seit 2017 zu dem mit Abstand finanzstärksten und weitreichendsten Förderprogramm auf Bundesebene entwickelt hat. Demgegenüber macht die Förderung der bundeszentralen Infrastruktur sowie Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit (darunter auch politische Jugendbildung) aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ein Drittel des Gesamtetats von „Demokratie leben!“ aus; zusätzlich sehen die Haushaltsentwürfe regelmäßig zum Teil drastische Kürzungen vor.

Verschiebung des Fachdiskurses?

Ein weiterer Kritikpunkt war, dass das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (teilweise auch weitere neue Förderprogramme der Demokratieförderung auf Länderebene) den Fachdiskurs verschiebe. Denn die Programme der Demokratieförderung fördern inhaltliche Bereiche, die sowohl traditionell zur politischen Bildung zählen als auch darüber hinausgehen. Dabei ist „Demokratieförderung“ ein Begriff, der, im Gegensatz zur politischen Bildung, über keine lange, fachliche Rezeptions- und Diskussionsgeschichte verfügt (vgl. Widmaier 2022 und Leininger 2015). Daraus ergeben sich undeutliche fachliche Bestimmungen.

So verfügen z.B. Menschenrechtserziehung, Empowerment-Aktivitäten oder auch Extremismusprävention über zahlreiche Schnittstellen zur politischen Bildung. Die Bildungsangebote entsprechen sich partiell in Themen, Konzepten und Methodik. Außerdem müssen Angebote, die im Rahmen von Programmen der Demokratieförderung finanziert werden, als Förderbedingung häufig politische Bildungselemente enthalten, sodass Träger der politischen Bildung in diese Maßnahmen eingebunden werden sollen. Entsprechend nehmen auch sogenannte etablierte Träger der politischen Bildung die neuen Förderwege der Demokratieförderung in Anspruch.

Bei allen Überschneidungen sehen viele Akteur*innen politischer Bildung jedoch fachliche Unterschiede zur Demokratieförderung, denn die Programme für Demokratieförderung formulieren häufig klare und relativ kurzfristige gesellschaftspolitische Ziele. Im Bereich der Prävention sind sie davon geprägt, sich gegen etwas zu richten. Sie sind weniger an längerfristigen, positiv formulierten Zielen politischer Bildung orientiert (vgl. Papier „Extremismusprävention und politische Bildung“ <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>).

Strukturelle Veränderungen

Neben die etablierten Träger und Strukturen treten zunehmend sogenannte neue Akteure und Strukturen, die – nach eigenem Verständnis oder nach dem Verständnis von Förderprogrammen – ebenfalls politische Bildungsarbeit machen. Die Unterscheidung von etablierten und neuen Akteuren ist jedoch wenig gerechtfertigt, da viele Akteure bereits auf eine lange Geschichte zurückblicken, innerhalb der Förder- und Vertretungsstrukturen der politischen Bildung jedoch bisher keine Rolle spielten (vgl. Becker 2022b und Papier „Politische Bildung in der (Post-)Migrationsgesellschaft“ <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>).

Erst das seit 2015 bestehende Bundesprogramm „Demokratie leben!“ förderte auch Strukturen (siehe BMFSFJ 2022: 810-811). Dies hatte und hat einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Entwicklung der politischen Bildungslandschaft – nicht nur, weil es mehr Trägern, die bisher keine Bundesförderung erhielten, finanzielle Unterstützung bietet, sondern auch, weil es bisherige strukturelle Lücken gefüllt hat.

- Die neuen Finanzierungsquellen haben vielen Akteuren, die bisher auf Finanzierung auf Länderebene oder regionaler Ebene angewiesen waren, mehr finanzielle Sicherheit, Sichtbarkeit und Geltung gebracht. Dies betrifft vor allem kleinere Akteure und solche, die spezielle Ansätze politischer Bildung und Demokratieförderung verfolgen, oder diese als Selbstorganisation konzipieren und anbieten, etwa mit einem postmigrantischen Selbstverständnis, aus muslimischer Perspektive oder aus der LGBTIQ+-Community heraus. Viele dieser Träger gehören bisher keinem großen Verband an und arbeiten unter begrenzten, prekären Bedingungen.

- Dem oben skizzierten Strukturdefizit der politischen Bildung in Bezug auf Zusammenschlüsse und Repräsentanz auf Länder- und Kommunalebene begegnete „Demokratie leben!“ mit neuen Strukturen auf kommunaler Ebene (Partnerschaften für Demokratie), auf Landesebene (Landesdemokratiezentren) und auf Bundesebene (Kompetenznetzwerke bzw. aktuell die Förderung der Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur). Das strukturierende Mittel sind jeweils Vernetzung und Koordinierungsstellen, die fachlich und thematisch Träger und Angebote zusammenbringen, sichtbar machen und eine gemeinsame Entwicklung fördern. Allerdings sind die Netzwerke stark abhängig von den jeweils koordinierenden Akteuren und von der Perspektive, unter der die Vernetzung erfolgt. So sind Träger politischer Bildung nicht unbedingt beteiligt, entweder weil sie auf kommunaler Ebene ohnehin nicht in Erscheinung treten oder weil sie landespolitisch und -rechtlich anderen Politik- und Verwaltungsbereichen zugeordnet werden. Damit kann es zu Parallelstrukturen und Konkurrenzen kommen. Zu beachten ist außerdem, dass eine Nachhaltigkeit dieser neuen Strukturen aufgrund der Projektförmigkeit der Förderungen nicht unbedingt gegeben ist.

Lobbyarbeit für politische Bildung

Gründe für eine immer großzügigere Ausstattung der Demokratieförderungs-Programme sind die stärker werdenden Phänomene des Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamismus. Daneben ist ein allgemeines politisches Bildungsdefizit festzustellen, erkennbar an Phänomenen wie dem Glauben an Fake News und Verschwörungserzählungen, sowie eine wahrnehmbare Distanz zum Staat oder zum demokratischen System. Es gibt demnach gute Gründe für eine Stärkung politischer Bildung. Träger der politischen Bildung können mit starken Argumenten in der Politik für eine bessere Ausstattung der politischen Bildung werben.

Dass dennoch der Bereich der Demokratieförderung und vor allem Präventionsarbeit in Politik und Medien mehr Aufmerksamkeit erfährt als der Bedarf an politischer Bildung, wurde in den Fachforen auf verschiedene Gründe zurückgeführt. Zunächst wurde der Steuerungswille der Politik genannt, mit Sonderprogrammen vermeintlich gezielter unerwünschte Phänomene bekämpfen zu können (vgl. BMFSFJ 2016). Auch für Medien scheint eine Berichterstattung über Maßnahmen gegen drängende und zu skandalisierende Angriffe auf unsere Demokratie interessanter zu sein als die Werbung für eine stete, regelmäßige und flächendeckende politische Bildungsarbeit im Alltag, der kaum eine unmittelbare Wirkung zugesprochen wird.

Den „Szenen“ von Präventionsarbeit und Demokratieförderung wurden zudem stringentere Organisation und bessere Lobbyarbeit zugesprochen. Als Grund für fehlende Aufmerksamkeit wurde auch eine sich selbst verstärkende strukturelle Ungleichheit festgestellt. Denn als wichtige Basis für eine erfolgreiche Lobbyarbeit wurden gute Verbindungen zu Politiker*innen identifiziert, die viele Träger aus dem Bereich Demokratieförderung haben. Diese bestünden durch das Zusammentreffen von Trägern und Politiker*innen in Begleitausschüssen, unter anderem den Ausschüssen zu den kommunalen „Partnerschaften für Demokratie“.

Strategische Lobbyarbeit betreiben die etablierten Träger politischer Bildung, so eine Einschätzung in den Fachforen, nicht in ausreichendem Maße. Die Möglichkeiten der bundesweiten Fach- und Dachverbände seien in Bezug auf die Arbeit auf Länder- und Kommunalebene begrenzt. Auch die angesprochene Pluralität und Kleinteiligkeit der Gesamtheit der Fach- und Dachverbän-

de kann als strategischer Nachteil gelten. Nicht zuletzt fehlen vielen Verbänden und Organisationen Personal- und Finanzressourcen für Lobbyarbeit.

Hinderlich ist auch, dass die politische Verortung politischer Bildung sehr unterschiedlich ist. Zuständigkeiten liegen auf Bundesebene bei Jugendpolitik und Innenpolitik und in den Bundesländern bei vielen verschiedenen Ressorts, „zum Beispiel bei Schule und Berufsbildung (Hamburg) oder Wissenschaft und Kultur (Niedersachsen). Erweitert man den Blick auf Sonderprogramme, kommen [...] Ressorts wie Sozialpolitik, Engagementpolitik, Umweltpolitik und Sicherheitspolitik hinzu“ (Becker 2022b: 19).

Die Expert*innen im Fachforum nannten konkrete Maßnahmen, um die politische Vertretung der politischen Bildung zu verbessern.

- Notwendig sei eine gezielte, stärkere Einbindung von Parlamentsabgeordneten in den Fach- und Strukturdiskurs der politischen Bildung –, die Kontakte der nonformalen politischen Bildung in die Politik seien ungenügend. Unter anderem müssten die komplexen Strukturen politischer Bildung besser bekannt gemacht werden.
- Eine stärkere Zusammenarbeit von Demokratieförderung und politischer Bildung sei sinnvoll, so wurde argumentiert. Wo Träger bzw. Praxisfelder politischer Bildung mit anderen Trägern und Aktivitäten im Bereich der Demokratieförderung Schnittstellen haben, sollten diese herausgestellt werden, ebenso wie die Relevanz politischer Bildung für die Demokratieförderung allgemein.
- Die Fragen, wie man positive Einstellungen zur Demokratie fördert und wie man die Anzahl der Mitglieder in den Parteien, die Wahlbeteiligung sowie das Vertrauen in die staatlichen Organe erhöhen kann, erscheinen häufig als das primäre Anliegen der Politik an die politische Bildung. Diese Erwartungen an einen klaren (und bezifferbaren) Outcome kann eine offene und kritische nonformale politische Bildung allerdings nicht erfüllen. Für die Zukunft ist die Entwicklung alternativer politischer Begründungen ein wichtiger Entwicklungsbedarf für die Lobbyarbeit für politische Bildung.
- Zwei Aspekte eines neuen Begründungsnarrativs politischer Bildung wären denkbar. Der erste besteht darin, die Notwendigkeit einer qualitätsvollen politischen Grundbildung in den Vordergrund zu stellen. Aus Umfragen ist bekannt, dass viele Bürger*innen die Politik nicht ablehnen, ihnen aber häufig Grundwissen für eine politischer Partizipation fehlt. Ein weiterer Aspekt eines neuen Begründungsnarrativs politischer Bildung liegt in den Herausforderungen, mit denen die Gesellschaft und das politische System in den kommenden Jahren konfrontiert sein werden. Dabei gehe es nicht um Gefahrenabwehr, sondern darum, Zeiten der Transformation zu meistern. Politiker*innen sind darauf angewiesen, dass Menschen in der Lage sind, die anstehenden Herausforderungen zu durchdenken und sich aktiv daran zu beteiligen. Der politischen Bildung kommt dafür eine wichtige Rolle zu, wenn sie entsprechende Räume für Auseinandersetzung und Bildung bereitstellt.

Ausblick

Die Diskussionen in den Fachforen zu strukturellen Fragen nonformaler politischer Bildung hatten, wie dieses Überblickspapier zeigt, viele unterschiedliche Aspekte. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass alle Beteiligten großen Bedarf an weiterem Austausch und gemeinsamen Überlegungen betonten. Im Einzelnen wünschten sie sich

- die Fortsetzung eines Austauschs über Wissenschafts-, Ressort- und Trägergrenzen hinweg,
- eine stärkere fachliche Auseinandersetzung über konkrete Praxiskonzepte und -erfahrungen, um Möglichkeiten, Verbindungen bzw. Gemeinsamkeiten und Unterschiede genauer einschätzen zu können,
- eine strukturelle Bündelung und Zusammenführung von Ressourcen, um eine größere Sichtbarkeit politischer Bildung herbeizuführen,
- stärkere gemeinsame Lobbyarbeit für politische Bildung.

Zum Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“

Die *Transferstelle politische Bildung* führte vom 01.12.2022 bis 30.04.2025 das Projekt „Vielfalt gestalten: Fachforen Politische Bildung und Demokratieförderung“ durch, gefördert durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Ausgangspunkt des Projekts war die Erkenntnis, dass die Praxis nonformaler politischer Bildung zunehmend divers ist, gleichzeitig aber Diskursräume fehlen, in denen Perspektiven aus unterschiedlichen Praxisfeldern, auf der Grundlage unterschiedlicher Konzepte und Wissenschaftsbezüge, von sogenannten etablierteren und neueren Akteur*innen ausgetauscht werden können, um Unterschiede, vor allem aber Gemeinsamkeiten und Schnittstellen zu identifizieren. Das Projekt bot einen solchen Austausch in Form von Fachforen, die ausgewiesene Expert*innen aus Wissenschaft, Verwaltung und Praxis um einen Tisch versammelten. Sie diskutierten zu ausgewählten aktuellen Fragestellungen, die verschiedene Praxisfelder politischer Bildung und Demokratieförderung betreffen.

Zitierte Literatur

Eine erweiterte Literaturliste zum Thema kann gesondert heruntergeladen werden:

<https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten>

Abs, Hermann Josef / Engartner, Tim / Hedtke, Reinhold / Oberle, Monika / Heijens, Marie / Hellmich, Simon Niklas / Hulkovych, Valeriia / Huschle, Lucy / Wasenitz, Stella (Hrsg.) (2025): Pilotmonitor politische Bildung. Indikatoren zur datengestützten Berichterstattung Schriftenreihe Bundeszentrale politische Bildung/bpb (Bd. 11134) Bonn, online: <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/561272/pilotmonitor-politische-bildung/> (Zugriff: 15.07.2025)

Becker, Helle (2013): Wir Kellerkinder? Zur Geschichte der „Profession politische Bildung“ in der außerschulischen Jugendbildung und der Erwachsenenbildung. In: Hufer, Klaus-Peter / Richter, Dagmar (Hrsg.): Politische Bildung als Profession. Schriftenreihe Bundeszentrale politische Bildung/bpb (Bd. 1355). Bonn, S. 49-63, online: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb1355komplett.pdf (abgerufen am 17.07.2025)

Becker, Helle (2022a): Zwischen Freiraum und Prävention. Politische Jugendbildung, in: Möller, Kurt, Florian Neuschler und Felix Steinbrenner (Hrsg.): Demokratie gestalten! Herausforderungen und Ansätze für Bildungs- und Sozialarbeit. Stuttgart, S. 114-124

Becker, Helle (2022b): Vielfalt organisieren. Herausforderungen für die nonformale politische Bildung. In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte. 72. Jg., H. 48, S. 17-22, online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/politische-bildung-2022/515535/vielfalt-organisieren/> (abgerufen am 17.07.2025)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2016): Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Berlin, online: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/109002/5278d578ff8c59a19d4bef9fe4c034d8/strategie-der-bundesregierung-zur-extremismuspraevention-und-demokratieforderung-data.pdf> (abgerufen am 17.07.2025)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Berlin, online: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238> (abgerufen am 17.07.2025)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2022): Richtlinie zur Förderung von Projekten der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung und zur Extremismusprävention (Förderrichtlinie Demokratie leben!) vom 5. August 2019 mit Änderungen vom 20. Oktober 2021 und 5. August 2022. In: Bundesministerium des Innern und für Heimat (Hrsg.): Gemeinsames Ministerialblatt. 73. Jg., H. 35, S. 810-813

Hirsch, Anja (2019): Gemeinwohlorientiert und innovativ? Die Förderung politischer Jugendbildung durch unternehmensnahe Stiftungen. Bielefeld. Siehe auch Datenbankeintrag: <https://transfer-politische-bildung.de/transfERMATERIAL/datenbank/#/d203> (abgerufen am 17.07.2025)

Leininger, Julia (2015): Demokratieförderung. In: Kollmorgen, Raj / Merkel, Wolfgang / Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden, S. 509-516

Transfer für Bildung (2022): Politische Bildung und Jugendarbeit. Handreichung für eine verbindende Perspektive. Essen, online: https://transfer-politische-bildung.de/fileadmin/user_upload/Broschueren/TransferfuerBildung_Broschuere-Politische-Bildung-Jugendarbeit.pdf (abgerufen am 17.07.2025)

Transfer für Bildung e.V. (2023): Topografie der Praxis politischer Bildung, online: <https://transfer-politische-bildung.de/transfERMATERIAL/topografie-der-praxis> (abgerufen am 17.07.2025)

Widmaier, Benedikt (2022): Das Trilemma der Demokratieförderung. In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hrsg.): Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland 3/2022, online: https://www.b-b-e.de/fileadmin/Redaktion/05_Newsletter/01_BBE_Newsletter/2022/02/Newsletter_3-Widmaier.pdf (abgerufen am 17.07.2025)

Impressum

Transferstelle politische Bildung
c/o Transfer für Bildung e.V.
Rellinghauser Straße 181
45136 Essen

Telefon: 0201 85791454-0

E-Mail: info@transferfuerbildung.de

Internet: <https://transfer-politische-bildung.de/transferstelle/vielfalt-gestalten/>

LinkedIn: <https://www.linkedin.com/company/transferfuerbildung>

Facebook: <https://www.facebook.com/transferfuerbildung>

YouTube: <https://www.youtube.com/@TransferfuerBildung>

Das Papier ist im Rahmen des Projekts „Vielfalt gestalten: Fachforen politische Bildung und Demokratieförderung“ der Transferstelle politische Bildung / Transfer für Bildung e.V. entstanden.

Hrsg.: Transfer für Bildung e.V.
Essen, 2025

Ein Projekt von:

**Vielfalt
gestalten**
Fachforen Politische Bildung
und Demokratieförderung

**TRANSFER
FÜR
BILDUNG**

Gefördert
durch die
 **bpb**
Bundeszentrale für
politische Bildung